

SVP-Klartext

DIE ZEITUNG DES MITTELSTANDES



Die classe politique hat Bundesrat Blocher abgewählt und so die SVP-Politik aus der Regierung verbannt. Jetzt muss die SVP in der Opposition für die Wähleranliegen weiterkämpfen.

Seite 3



Die Linke schont die Täter und nimmt stattdessen die Waffen ins Visier. Werner Gartenmann durchleuchtet diese verhängnisvolle Taktik.

Seite 8



Calmy-Rey opfert unsere aussenpolitischen Interessen ihren eigenen Ambitionen. Claudio Zanetti erstellt eine Schadensbilanz.

Seite 11

AZB Zofingen – Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint monatlich – Auflage 55 000 Expl. – www.svp.ch – klartext@svp.ch – Ausgabe Nr. 12/2007

Die Bedeutung der Opposition

Nationalrat Adrian Amstutz S. 4

Das Parteiprogramm als Richtschnur der SVP-Politik

Nationalrat J.-F. Rime S. 5

Gedanken zum Bürgerstaat

Nationalrat Ueli Maurer S. 6

Das Sturmgewehr gehört in den Kleiderschrank

Gregor Rutz S. 7

Ja zur Luftwaffe

Nationalrat Thomas Hurter S. 10

Unternehmenssteuerreform II

NR Hansruedi Wandfluh S. 12

Beharrungsvermögen des Systems

Hermann Lei S. 13

90 Jahre Bierhübelirede

Petra Kunz S. 14

Die intakten Familien endlich entlasten

Rösli Zuppiger S. 15

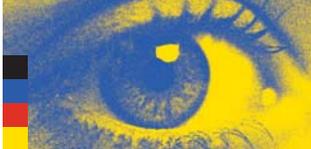
Reklame

Zu verkaufen in Flumserberg

- neu renovierte 3-Zi.-Wohnung, Lift, Garage, Fr. 370 000.–
- Kleinwohnungen ab Fr. 155 000.–

081 735 29 86
www.sidler-immo.ch

Zuhause in allen Medien



ztp rint

ZOFINGER TAGBLATT

ztonline WIGGERTALER

Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen, Telefon 062 745 93 93

Gleiche Ziele – neue Wege

Christoph Blocher war ein hervorragender Bundesrat. Nicht einmal seine Gegner konnten ihm schlechte Amtsführung vorwerfen. Trotzdem wurde er abgewählt. Weshalb? Weil er unser SVP-Gedankengut in der Regierung erfolgreich vertreten hat. Jetzt hat die classe politique jemanden in den Bundesrat gewählt, von dem sie eine handzahme, angepasste Politik erwarten kann. Deshalb muss die SVP ihren Wählerauftrag nun ausserhalb der Regierung umsetzen. In der Opposition. Zusammen mit dem Volk. Wir gehen neue Wege, haben dabei aber immer das gleiche Ziel vor Augen: Einstehen für eine freie, freiheitliche und florierende Schweiz.



**SCHWEIZER
QUALITÄT**

SVP

Die Partei des Mittelstandes



Shop

..... Expl.	Rucksack robust und praktisch, für Sie und Ihn!	Fr.	25.–
..... Expl.	Seidenfoulard Stilvoll und diskret für die Partei werben!	Fr.	79.–
..... Expl.	Pin	Fr.	7.–
..... Expl.	Post-it Block à 50 Blatt	Fr.	2.–
..... Expl.	Offiziersmesser Original-Victorinox	Fr.	20.–
..... Expl.	Kleber Bogen à 27 Kleber	Fr.	5.–
..... Expl.	Jass <input type="checkbox"/> französisch <input type="checkbox"/> Deutschschweizer	Fr.	3.–
..... Expl.	Ballone Sack à 50 Stück	Fr.	33.–
..... Expl.	Kugelschreiber	Fr.	2.50

Name

Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

Mail

Ort

Datum

Unterschrift

Bitte Talon einsenden an:
Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern
per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Online-Bestellung auf www.svp.ch

Impressum **SVP-Klartext** Die Zeitung des Mittelstandes

Herausgeberin: Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheinungsweise: 12 x / Jahr

Chefredaktor: Markus Zollinger

Inserate: Markus Zollinger

Adresse:

Generalsekretariat SVP
 Postfach 8252, 3001 Bern
 Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59,
 E-Mail: klartext@svp.ch

Jahresabonnement:

Für Nicht-Parteimitglieder Fr. 35.–
 (Parteimitglieder erhalten SVP-Klartext gratis)

Bankverbindung:

Stiftung SVP-Parteizeitung, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:

zprint / Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20, 4800 Zofingen,
 Telefon 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

Adressänderungen:

per E-Mail an klartext@svp.ch

Ihr Inserat in «SVP-Klartext»

«SVP-Klartext» ist die Zeitung für den Mittelstand. Sie erscheint monatlich in einer Auflage von 55000 Exemplaren. **Ab nur 140 Franken** sind Sie mit einem Inserat dabei. Auf Wunsch vierfarbig. Neu sogar ohne Farbzuschläge.

Interessiert? Weitere Auskünfte erhalten Sie über Telefon 031 300 58 58 oder E-Mail klartext@svp.ch.



STIFTUNG
 FÜR BÜRGERLICHE
 POLITIK

Ihre langfristige Investition für eine bürgerliche Politik

Zur finanziellen Unterstützung ihres Einsatzes für eine neutrale, unabhängige Schweiz, für eine geradlinige Ordnungspolitik und für einen gesunden Staatshaushalt hat die SVP die «Stiftung für bürgerliche Politik» ins Leben gerufen. Die Stiftung bezweckt, die Partei mit den Anlageerträgen des Stiftungsvermögens in der politischen Grundlagenarbeit und Meinungsbildung auf Bundesebene finanziell zu unterstützen. Mit Ihrer Spende oder Ihrem Legat können Sie auch über Ihr eigenes Leben hinaus die SVP und deren bürgerliche Politik unterstützen.

Auskünfte zur Stiftung wie auch über die Errichtung eines Legates bzw. Vermächtnisses erteilt Ihnen gerne der Stiftungsratspräsident, Nationalrat Hans Kaufmann, Niederweg 18a, 8907 Wettswil, oder Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern (Tel. 031 300 58 58).

Nationalrat Ueli Maurer, Präsident SVP Schweiz

Wahlsieger in die Opposition gezwungen

Die Linke und die so genannte «Mitte» haben alles darangesetzt, die Parlamentswahlen zu einem Plebiszit über Bundesrat Christoph Blocher zu machen. Dafür haben sie intrigiert. Dafür haben sie auf unlautere Weise die GPK instrumentalisiert. Und dafür haben sie im Verbund mit den Medien eine eigentliche Hatz auf die liberalkonservative Schweiz lanciert.

Letztlich haben die Linke und die linke «Mitte» erreicht, was sie wollten: Die Wahlen vom 21. Oktober wurden zum Blocher-Plebiszit und damit zum Volksentscheid über den Verbleib der SVP im Bundesrat. Dem entsprechend ist die Wahl ausgefallen. Wir haben einen historischen Sieg errungen. Die SVP ist stärker, als es jemals eine Partei seit der Einführung des Proporzsystems gewesen ist. Das Volk hat sich somit klar für Christoph Blocher und für die Regierungsbeteiligung der SVP ausgesprochen.

Wahlresultat wurde mit Füssen getreten

Doch das Volk muss heute leider feststellen: Die machtverliebten Systemparteien kümmern sich nicht um Volkes Stimme. Wahlresultate sind ihnen gleichgültig. Konnten unsere Gegner die Bürgerinnen und Bürger nicht mit Argumenten überzeugen, halten sie sich jetzt mit Mauscheleien schadlos. Hinterzimmernetzwerke und Winkelzüge haben über den in freien Wahlen ermittelten Volkswillen triumphiert.

Aus Neid, verletzter Eitelkeit und ideologischer Blindheit wurde der erfolgreichste der sieben Bundesräte abgewählt. Es ist dies nichts anderes als das verzweifelte Aufbäumen einer versagenden Politikerkaste, die um ihre Pfründen und Privilegien fürchtet. Sie hat es nicht ertragen, dass ihr ein reformfreudiger Bundesrat Blocher stets den Spiegel vorgehalten hat. Sie fühlte sich hilflos, weil Bundesrat



Blocher bewies, dass sich ein Departement effizient und kostengünstig führen lässt. Und sie fühlte sich ideologisch gedemütigt, weil Bundesrat Blocher das Gedankengut der SVP derart erfolgreich in die Regierung tragen konnte. Was wir jetzt erlebt haben, ist die Rache einer überforderten und kleimütigen classe politique.

SVP stand zur Konkordanz

Im Gegensatz zu unseren Gegnern haben wir immer mit offenen Karten gespielt. Wir haben uns zur Konkordanz bekannt und den Kandidaten der andern Bundesratsparteien die Unterstützung zugesichert – für den Fall, dass diese auch unsere bisherigen Regierungsmitglieder wählen. Für den Fall aber, dass unsere beiden Bundesräte nicht bestätigt werden sollten, hat die SVP-Fraktion am 12. Dezember 2006 wie auch am 4. Dezember 2007 beschlossen, aus der Regierung auszutreten und in die Opposition zu gehen. Denselben Beschluss hat sodann die Delegiertenversammlung der SVP vom 27. Januar gefasst.

Unser Bekenntnis zur Konkordanz entspricht der Überzeugung, dass die direkte Demokratie und die Konkordanz sich entsprechen. Das Volk will die wichtigsten Kräfte in der Regierung vertreten haben. Einseitigen

Machtkoalitionen steht es ablehnend gegenüber. Gerade die Jahre nach der EWR-Abstimmung haben gezeigt: Als die SVP – und damit ein grosser Teil der Bürgerinnen und Bürger – nicht angemessen in der Landesregierung vertreten war, erhielten die machtverliebten Parteien der Linken und der so genannten Mitte in zahlreichen Abstimmungen und Wahlen die unmissverständliche Antwort des Volkes.

Konkordanz erfordert gegenseitigen Respekt

Damit aber aus der Konkordanz nicht ein Kartell des Machterhalts wird, müssen die vier grössten Parteien ihre überzeugendsten Vertreter in die Regierung bestellen; Politiker, welche zum Programm ihrer Partei stehen und dieses in der Regierungsarbeit einbringen können. In der Regierung soll dann von festen Positionen ausgehend um die besten Lösungen gerungen werden. Das ist die lebendige Konkordanz, welche unserem Land Stabilität und dadurch Wohlstand beschert hat. Das ist die Konkordanz, zu der das Schweizer Volk und die SVP stehen.

Wer eine solche lebendige Konkordanz will, muss staatspolitische Grösse zeigen: Es ist unabdingbar, dass in einer wirklichen Konkordanz jede Partei ihre Regierungsmitglieder selbst bestimmt. Wir haben – unter der Bedingung des Gegenrechts – allen bisherigen Bundesräten unsere Stimmen zugesichert. Wir können es deshalb nicht hinnehmen, dass die anderen Parteien unsere Vertreter in der Regierung bestimmen. Das aber ist geschehen – unter Aufkündigung der Konkordanz. Die Machtkoalition wählte sich handzahme Anpasser, die einer Mitte-links-Regierung das Etikett bürgerlich umhängen sollen. Da können und wollen wir nicht mit-tun.

Es gibt nur eine logische Konsequenz: Wenn uns die Machtkoalition aus CVP, SP und Grünen die Mitar-

beit in der Regierung verwehrt, haben wir unseren Wählerauftrag in der Opposition umzusetzen. Das Parlament hat damit die bewährte Konkordanzregierung durch eine links abgestützte, eine einseitige Koalitionsregierung ersetzt. Damit verlassen die politischen Hasardeure den soliden Grund unserer bewährten Regierungstradition. In einem Machtrausch führen sie unsere Schweiz in eine ungewisse Zukunft voller Erschütterungen und Instabilität. Die schweizerische Konkordanz hat ausgedient – neu haben wir ein Konkurrenzsystem nach ausländischem Vorbild.

Koalitionssystem nach ausländischem Vorbild

Die Schweiz ist noch nie durch eine Koalitionsregierung regiert worden. Staatsrechtlich ändert sich auf den ersten Blick nichts. Staatspolitisch ändert sich vieles. Nicht die SVP hat verloren. Verloren hat die Glaubwürdigkeit der Schweizer Politik. Wir stehen nun als stärkste politische Kraft und als einzige bürgerliche Partei einer Mitte-links-Regierung gegenüber. Und hinter uns steht das Volk.

In den kommenden vier Jahren geben wir allen Schweizerinnen und Schweizern eine Stimme, die gegen einen EU-Beitritt sind. Allen Schweizerinnen und Schweizern, die sich ob der steigenden Kriminalität sorgen. Allen Schweizerinnen und Schweizern, die unsere Kultur und Identität erhalten wollen. Allen Schweizerinnen und Schweizern, die ihre Volksrechte nicht durch ein so genanntes Völkerrecht eingeschränkt sehen wollen. Allen Schweizerinnen und Schweizern, die für eine freie, freiheitliche und florierende Schweiz eintreten. Und wir werden dafür sorgen, dass diese Stimme vernommen wird – auch in der Regierung. Das verspreche ich allen unseren Wählerinnen und Wählern. Wir tun es für das Volk. Und mit dem Volk.

Nationalrat Adrian Amstutz, BE

Die Bedeutung der Opposition

Der Gang der SVP in die Opposition hat klare und spürbare Auswirkungen inhaltlicher, politischer und organisatorischer Art. Während eine Mitte-links-Koalition, bestehend aus FDP, CVP und linken Parteien, künftig die Schweiz regiert, wird die SVP ihre Aufgabe als **Stimme der bürgerlichen Wähler** in der Opposition wahrnehmen müssen.

Inhaltlich besteht die oberste Aufgabe der SVP in der Opposition darin, politische Fehlentwicklungen der Regierung zu verhindern. Die SVP ist in erster Linie ihrem Parteiprogramm verpflichtet. Der Wählerauftrag ist einzuhalten. Ungenügende Gesetzesvorlagen sowie Projekte, welche von diesem Auftrag des Souveräns abweichen, bekämpft die SVP künftig. Die für die Legislatur von der Fraktion am 2. November 2007 beschlossenen Schwerpunkte sind die Säulen der Oppositionspolitik der SVP:

- **Senkung der Steuern, Gebühren und Abgaben für alle sowie ausgabenseitige Sanierung der öffentlichen Finanzen;**



- **Einsatz für eine unabhängige, neutrale und souveräne Schweiz, deren Volksrechte nicht durch «Völkerrecht» weiter beschnitten werden;**
- **Schaffung von mehr Sicherheit durch konsequente Bekämpfung von Asyl- und Sozialmissbrauch, Ausschaffung krimineller Ausländer sowie Durchsetzung unserer Wertvorstellungen.**

Die SVP setzt sich ein gegen immer mehr Bürokratie und für attraktive

wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Die SVP will keine Schuldenwirtschaft, sondern sichere Arbeitsplätze und damit Wohlstand für alle. Die SVP setzt sich ein gegen Masseneinbürgerungen und für eine kontrollierte Migration. Die SVP wird Parlament und Regierung gut auf die Finger schauen und Druck ausüben, wo es nötig ist. Damit wird sie bewirken, dass die von Bundesrat und Parlament erarbeiteten Vorlagen möglichst bürger- und wirtschaftsnah ausfallen. Hauptauftrag der Oppositionspartei ist die Verhinderung politischer Fehlentwicklungen. Mittels Referenden werden wir Volksabstimmungen über politisch ungenügende Vorlagen erzwingen.

Politisch befindet sich die SVP in Opposition zum Bundesrat, aber nicht zum Parlament. Deshalb werden wir nach wie vor sämtliche politischen Aufgaben und Ämter im Rahmen der Bundesversammlung wahrnehmen. Wie bis anhin werden wir in den einzelnen Kommissionen mitarbeiten und Präsidien übernehmen. Wir werden auch weiterhin mit aller Kraft darauf bestehen, endlich eine unserem Wähleranteil entsprechende Anzahl Sitze in den kantonalen und eidgenössischen Gerichten zu erhalten. In diesem Rahmen werden wir sämtliche Mittel zur Umsetzung der Opposition nutzen.

Auch in Zukunft wird die SVP die Führung von Abstimmungskampagnen und überparteilichen Komitees

übernehmen, wenn uns dies als wichtig erscheint.

Hingegen wird die SVP künftig an den traditionellen Treffen der Bundesratsparteien, wie etwa den Von-Wattenwyl- und den Bundesratsparteien-Gesprächen, künftig nicht mehr teilnehmen, da sie nicht mehr in der Regierung vertreten ist.

Organisatorisch findet die Opposition ausschliesslich auf Bundesebene statt. In den Kantonen, in welchen die SVP Vertreter in den Regierungen hat, wird sie auch Regierungspartei bleiben und ihre Einbindung in die Exekutiven weiterhin ausbauen. Ebenso verbleiben selbstverständlich auch unsere Exekutivmitglieder in den städtischen und kommunalen Regierungen in ihren Ämtern.

Die Kantonalparteien werden nach wie vor frei sein in der Umsetzung und Gestaltung ihrer Politik, während die SVP Schweiz auf Bundesebene konsequente Oppositionspolitik betreibt. Ziel wird weiterhin sein, die Parteistrukturen zu verstärken und mit noch mehr Schlagkraft im Dienste unseres Landes und für unsere Wählerschaft wirken zu können.

Die SVP ist hochmotiviert und bestens gerüstet für ihre Rolle in der Opposition, für ihre Rolle als Stimme der bürgerlichen Wähler in der Schweiz. Mit grosser Überzeugung wird sich die SVP ihrer für unser Land entscheidenden Aufgabe als Opposition zur neuen Mitte-links-Regierung widmen. Wir werden jeden Tag mit grosser Ernsthaftigkeit und unermüdlich für unser Land, unsere Wählerschaft und die Zukunft arbeiten. Unser Ziel sind die kommenden eidgenössischen Wahlen 2011, wo wir endlich mit den Kandidaten im Bundesrat Einsitz nehmen werden, die unsere echt bürgerliche Politik vertreten.

Werbung



Immobilienverkauf ist Vertrauenssache.

Spielen sie mit dem Gedanken Ihre Liegenschaft zu verkaufen? Wir erledigen für Sie den Haus- oder Wohnungsverkauf von A – Z. Profitieren Sie von unserem einmaligen Netzwerk und von einem **gewinnbringenden Verkauf** Ihrer Liegenschaft.



Bahnhofplatz 1, 8910 Affoltern a.A.
Tel. 043 817 17 11
luki.sutter@remax.net

ÜBERSETZEN, LEKTORIEREN, REDIGIEREN

AAREPTAN

Bahnhofweg 17 - 5610 Wohlen - 056 622 33 44
translate@aareptan.ch - www.aareptan.ch

Nationalrat Jean-François Rime, FR

«Mein Zuhause – unsere Schweiz»:

Das Parteiprogramm als Richtschnur der SVP-Politik

Am 21. Oktober 2006, genau ein Jahr vor den eidgenössischen Wahlen, haben sich die Delegierten in Fribourg zu einer Delegiertenversammlung zusammengefunden, um das Parteiprogramm der SVP für die Jahre 2007 bis 2011 zu diskutieren. Es steht unter dem Titel «Mein Zuhause – unsere Schweiz». Als erste Partei in der Schweiz hat die SVP schon ein Jahr vor den Nationalratswahlen ihr Programm beschlossen.

Vertrag mit dem Volk

Am 17. August haben die National- und Ständeratskandidaten am Sonderparteitag in Basel zudem einen «Vertrag mit dem Volk» abgeschlossen, welcher die drei prioritären Punkte aus dem Parteiprogramm hervorhob. Auf diese Punkte haben sich die Kandidaten der SVP verpflichtet. Am 21. Oktober 2007 hat die SVP die Wahlen gewonnen und mit fast 29% der Stimmen ein Resultat realisiert, das nie eine Partei seit Bestehen des Proporzwahlsystems erreicht hat. Die Stimmbürger haben der SVP den klaren Auftrag gegeben, ihre Wahlversprechen umzusetzen. Diesen Auftrag nimmt die SVP sehr ernst – und dies ist letztlich Grundvoraussetzung für eine glaubwürdige Demokratie: dass die Politiker nach den Wahlen auch wirklich dies tun, was sie vor den Wahlen versprochen haben.

Die SVP war bereit, als grösste Partei Regierungsverantwortung und damit eine führende Rolle im Bundesrat einzunehmen. Sie war auch bereit, weitere Verantwortung zu übernehmen, und hatte eine kompetente Vertreterin ihrer Partei als Bundeskanzlerin nominiert. Doch die Mehrheit der Bundesversammlung hat anders entschieden: Die Politik der SVP ist in der Regierung unerwünscht.

Damit ist für die SVP klar: Wir werden unserem Land mit voller Überzeugung und mit all unseren Kräften

ausserhalb der Regierung dienen. Wir treten ein für die Erfüllung unseres Wählerauftrages, wir sind die Stimme der bürgerlichen Schweizer. Aber wir müssen dies aus der Opposition heraus tun.

Richtschnur unserer Politik ist und bleibt das SVP-Programm. Jeder dritte Bürger in diesem Land hat sich hinter dieses Programm gestellt und SVP gewählt. Auch diese Bürger müssen eine Stimme haben in Bundesbern. Der Vorteil im neuen System der Schweiz mit Regierung und Opposition ist, dass die SVP als Opposition freier und unabhängiger für ihre Standpunkte eintreten kann. Da wir künftig von der Regierungsverantwortung entbunden sind, können wir völlig unabhängig politisieren.

Politische Fehlentwicklungen verhindern

Oberste Aufgabe der SVP ist es künftig, Regierung und Parlament genau auf die Finger zu schauen und politische Fehlentwicklungen zu verhindern. Wir treten ein für eine unabhängige und neutrale Schweiz und kämpfen gegen die zunehmenden Einschränkungen durch völkerrechtliche Bestimmungen. Wir engagieren uns gegen die wuchernde Staatsbürokratie und für tiefere Steuern und einen florierenden Wirtschaftsstandort. Wir bekämpfen die staatliche Schuldenwirtschaft und den ständigen Anstieg der Staatsausgaben. Wir kämpfen gegen Asyl-



missbrauch und den Missbrauch unserer Sozialwerke. Und wir kämpfen für die Werte, welche unser Land stark gemacht haben: Bescheidenheit, Ordnung, Sicherheit, Tüchtigkeit, den Sinn für Demokratie und das föderalistische Prinzip. An diesen Eckpunkten wird sich unsere Politik in den kommenden Jahren ausrichten.

Für weniger Staatsausgaben – Wirtschaftsstandort Schweiz stärken

Die SVP setzt sich ein für die Sanierung der öffentlichen Haushalte: Die finanzpolitische Lage unseres Landes ist desolat. Man spricht zwar ständig von Sparen, aber trotzdem steigen die Staatsausgaben immer weiter an. Die geplanten Ausgaben für 2010 sind fast doppelt so hoch wie diejenigen von 1990. Auch die zunehmende Belastung durch Steu-

ern, Abgaben und Gebühren schwächt die wirtschaftliche Kraft der Eidgenossenschaft. Die SVP tritt für ein für einen starken und attraktiven Wirtschaftsstandort Schweiz – und damit für optimale Rahmenbedingungen, sei es für die Industrie, für Gewerbebetriebe oder Kleinunternehmer. Wer in der Schweiz ein Unternehmen eröffnen will, soll dies unbürokratisch tun können. Unternehmern, die Arbeitsplätze schaffen, dürfen wir nicht immer mehr Steine in den Weg legen.

Namentlich im Bereich der Sozialpolitik stehen wir vor grossen Herausforderungen. Die Linke baut den Sozialstaat aus, ohne sich um die Finanzierung der Sozialwerke zu kümmern. Bezahlen müssen die arbeitende Bevölkerung und die Wirtschaft. Diese linke Anspruchsmentalität gegenüber dem Staat führt nicht weiter. Die SVP steht ein für mehr Eigenverantwortung und eine konsequente Bekämpfung des Sozialmissbrauchs.

Asylmissbrauch und Ausländerkriminalität bekämpfen

Seit vielen Jahren bekämpft die SVP energisch den Asylmissbrauch und die Ausländerkriminalität. Die Volksinitiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer, welche die SVP im vergangenen Juli lanciert hat, wurde bis heute von über 200 000 Bürgern unterzeichnet. Die Volksinitiative für demokratische Einbürgerungen kommt im nächsten Jahr vor das Volk. Die SVP wird auch künftig eintreten für eine geregelte Ausländerpolitik und die konsequente Bekämpfung der Ausländerkriminalität.

Nein zum EU-Beitritt und zur immer stärkeren Einbindung

Es schwächt unser Land, dass wir ohne Not immer mehr ausländisches Recht übernehmen und uns internationalen Organisationen anschliessen. Wir schränken uns unnötig ein und geben Freiheit und Handlungsspielraum preis. Die SVP will das liberale Rechtssystem der Schweiz stärken. Wir wollen eine lebendige direkte Demokratie. Dies jedoch ist nur möglich, wenn die Schweiz unabhängig und neutral bleibt.

Verwaltung straffen, Filz bekämpfen

Ursache mancher politischer Fehlentwicklung ist die aufgeblähte Bun-

desverwaltung. Obwohl man von Sparen und Einschränkungen spricht, wächst die Verwaltung immer weiter. Die verzettelte, unübersichtliche Verwaltung ist teilweise kaum mehr führbar und entwickelt da und dort eine gefährliche Eigendynamik. Dies kostet nicht nur viel Geld, sondern ist auch politisch gefährlich. Darum wird sich die SVP in den kommenden Monaten vor allem auch auf diese Punkte konzentrieren.

Mit Bundesrat Christoph Blocher verfügt die SVP über einen Exponenten, der nicht nur jahrzehntelange Erfahrung als international tätiger Unternehmer hat, sondern auch die Bundesverwaltung und die damit verbundenen Schwächen, Gefahren und Schwierigkeiten im Detail kennt. Diese Führungs- und Organisations-

erfahrung wird die SVP nutzen. Im EJPD ist es Bundesrat Blocher gelungen, in nur vier Jahren die Kosten um 250 Millionen Franken zu senken und trotzdem die gleichen Leistungen zu erbringen. Dies ist auch in den anderen Departementen möglich.

Neues Staatssystem bringt neue Herausforderungen

Unser Land ist vom schweizerischen Konkordanzsystem zu einem Konkurrenzsystem nach ausländischem Muster übergegangen. Wir stehen am Anfang einer neuen Ära. Nach einem Jahrhundert der Konkordanz ist nun die Zeit der Opposition gekommen.

Die SVP hat einen solchen Schritt nicht gewollt, sie wurde dazu ge-

drängt. Unverrückbar sind für uns der Wählerauftrag der Bürger und das Parteiprogramm als Richtschnur für unsere Politik. Vom Volk, mit dem Volk und für das Volk. Ich freue mich auf die Herausforderung der nächsten Jahre.

UNSER BÜRGERSTAAT

Nationalrat Ueli Maurer, Präsident SVP Schweiz

Der mündige Bürger: Soldat und Souverän

Ein vergleichender Blick auf Staatsstrukturen und Regierungsformen zeigt: Bürgerfreiheit ist ein seltenes Gut, eine staatspolitische Rarität. «Demokratie» findet sich wohl als Zierwort den allermeisten Verfassungen beigelegt; in der Realität aber sind Länder und Völker überwiegend als Plan-, Kontroll- und Überwachungsregimes organisiert. Und das selbst in Europa, wo sich die Vertreter einer entrückten Elite alle vier Jahre – formbeflissen, aber folgenlos

– entweder im Amt bestätigen lassen oder aber die Macht innerhalb der classe politique weiterreichen.

Die Folgerungen aus Gegenwart und Vergangenheit fallen deckungsgleich zusammen: Weltgeschichtlich gesehen ist die wirkliche, die wahre Demokratie ein Sonderzustand. Von der Frühzeit der Staatenbildung bis zum heutigen Tag sind autoritäre Herrschaftsformen der Regelfall. Bürgerstaaten waren und bleiben Ausnah-

meerscheinung: Die Polis der griechischen Antike. Das republikanische Rom. Unsere Schweiz.

Gnade des historischen Augenblicks? Auch. Aber nicht nur. Unsere Freiheit hat ihren Wurzelgrund in der Mentalität, der Psyche, der Werterhaltung, der Tradition unseres Volkes. Aus den genossenschaftlichen Zusammenschlüssen der Äpler oder Mittellandbauern genauso wie aus den Zünften und Bürgerversammlungen der Städter hat sich eine Freiheitsgarantie entwickelt: das Milizprinzip. Die mündigen, selbstverantwortlichen, gleichberechtigten Träger der Verantwortung entscheiden gemeinsam – unkontrollierte Machtzentren gibt es keine. Bürgerschaft und Staat sind identisch. Die Gleichberechtigten bestellen Verwalter und Vorsteher, Richter und Regierung aus ihrer Mitte. Und zusammen traten sie an zur Verteidigung der Freiheit. Ein jeder als Wehrmann mit der Waffe in der Hand.

Daraus entwickelte sich unser freiheitlicher Staatsentwurf; der moderne Bundesstaat von 1848 wuchs auf dem Humus alteidgenössischer Selbstverantwortung und Wehrbereitschaft. Der Bürger verteidigt die Freiheit mit dem Stimm- und Wahlzettel gegen die Erosion im Innern, mit der Waffe gegen die Bedrohung von aussen. Der mündige Bürger ist Souverän. Der mündige Bürger ist Soldat.

Diese Freiheitslehre unserer Heimat hat Gottfried Keller in seiner Novelle «Fähnlein der sieben Aufrechten» zur Essenz verdichtet: «Keine Regierung und keine Bataillone vermögen Recht und Freiheit zu schützen, wo der Bürger nicht imstande ist, selber vor die Haustüre zu treten», lässt Keller einen Veteranen der freiheitlichen Kampfzeit sagen. Deshalb muss das Gewehr «unverrückt zwischen Bett und Schrank stehen bleiben». Wie Recht er doch hat.

Kunstkalender 2008 – «Zermatt»

Bilder von Fredy Baur; Format 30 × 42 cm, à Fr. 39.–

Bitte senden Sie mir ____ Exemplar(e) mit Rechnung zahlbar
innert 30 Tagen nach Lieferung, zuzüglich Porto und Verpackung.

Fredy Baur · Atelier Pflug · Märktgass 1 · 8197 Rafz
Tel. 044 869 20 01 · 077 401 12 63
www.atelier-pflug.ch · info@atelier-pflug.ch

Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP

Das Sturmgewehr gehört in den Kleiderschrank

Die Mündigkeit des Bürgers ist gleichsam Fundament wie Voraussetzung für jedes demokratisch strukturierte Gemeinwesen. Jeder mündige Bürger kann abstimmen und wählen. Ebenso kann er sich wählen lassen und so staatsbürgerliche Verantwortung übernehmen. Dieses ausgeglichene Verhältnis von Bürgerrechten und Bürgerpflichten prägt die genossenschaftliche Demokratie der Schweiz. Wer die Mündigkeit des Bürgers anzweifelt, stellt letztlich die Demokratie an sich in Frage.

In der direkten Demokratie bildet die Gesamtheit der Bürger zusammen mit dem Parlament die Legislative. Zusammen mit den Kantonen sind die Stimmbürger Verfassungsgeber. Sie bestimmen als Souverän, was gilt in der Eidgenossenschaft. Der genossenschaftliche Geist der Schweiz, welcher derart umfassende politische Rechte und Freiheiten ermöglicht, erfordert aber auf der anderen Seite auch die Erfüllung von Bürgerpflichten. An oberster Stelle steht die Wehrpflicht, welche jeder mündige Schweizer als Angehöriger der Schweizer Armee wahrzunehmen hat (Art. 59 BV). So steht die Milizarmee neben dem Milizparlament; in der Mitte aber ist immer der mündige Bürger.

Genossenschaftlicher Geist der Schweiz

Das Werk «Schweizerisches Bundesstaatsrecht» von Fritz Fleiner und Zaccaria Giacometti aus dem Jahre 1949 bringt diese zentralen Grundsätze des schweizerischen Staatswesens nach wie vor trefflich auf den Punkt: «Die schweizerische freiheitliche Staatsidee verlangt die Anerkennung der Persönlichkeit des Individuums im Staate, und zwar sowohl im Sinne der Gewährleistung einer staatsgewaltfreien Sphäre des Einzelnen wie der Heranziehung der Individuen zur staatlichen Willensbildung und der Rechtsgleichheit. Die föderalistische Staatsidee ihrerseits fordert einen genossenschaftlichen Aufbau des Staates.» (S. 30f.)

Die bürgerlichen Rechte und die Freiheit des Waffenbesitzes waren in der Schweiz immer eng verwoben. Nicht erst seit der Französischen Revolution – wie in anderen europäischen Staaten – weiss sich der Schweizer selber zu wehren und bewahrt seine Waffe im eigenen Heim auf. Das Milizsystem hat in der Schweiz eine langjährige Tradition. Anschauliches Beispiel hierfür ist der Entwurf eines «Grundgesetzes für die schweizerische Eidgenossenschaft» von Dr. Troxler anno 1833. Dieser besagt in §25: «Die Bürger haben das Recht, sich zu bewaffnen, sich zu versammeln, Vereine zu bilden und sich mit Vorstellungen an alle Regierungsbehörden zu wenden.» Dass der freie Waffenbesitz in einem Atemzug mit staatsbürgerlichen Rechten genannt wird, ist kein Zufall.

Einstellung der bürgerlichen Rechte und Ehren

Heute sprechen viele Politiker von «Grundrechten», von «staatlichen Aufgaben» und von «service public». Auf der anderen Seite erfreuen sich die Bürgerpflichten heute ausserordentlich schlechter Konjunktur. Früher sah man hier klarer: Wer nicht in der Lage war, seine Bürgerpflichten zu erfüllen, ging unter Umständen seiner bürgerlichen Rechte verlustig.

Der Tatbestand der Dienstverweigerung, aber auch andere Verbrechen hatten früher die Einstellung der bürgerlichen Ehrenfähigkeit zur Fol-



ge. Diese Nebenstrafe hatte ihren Hauptgrund darin, dass der zu Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe Verurteilte «nicht mehr würdig erschien, als Staatsorgan tätig zu werden» (Fleiner/Giacometti). Diese Überlegungen sind im Zeitalter bedingter Geldstrafen (neues Strafgesetzbuch) vielen Politikern und Juristen fremd. Und doch erfreut sich dieser Grundsatz einer einzigartigen Logik: Er berücksichtigt den Grundsatz der Mündigkeit des Bürgers, trägt aber auch denjenigen Fällen Rechnung, welche diesen Anforderungen nicht gerecht werden.

Straftäter: dienstuntauglich, aber auch bürgerrechtsuntauglich

Gerade mit Blick auf die derzeit in aller Breite besprochenen Einzelfälle, wo Angehörige der Armee sich Straftaten haben zuschulden kommen lassen, erscheint die Wiedereinführung dieser Nebenstrafe eine

taugliche Alternative. Wer kriminell ist, gilt zu Recht als Sicherheitsrisiko. Dies schliesst mitunter die Leistung von Militärdienst aus. Die militärischen Behörden sind gefordert, hier seriöse Abklärungsarbeit zu leisten.

Wer vorbestraft ist und wer als nicht tauglich erscheint, soll aber nicht nur der Bürgerpflichten enthoben werden, sondern auch der bürgerlichen Rechte verlustig gehen. Nur so kann auch hier das Gleichgewicht zwischen Rechten und Pflichten gewahrt werden. Alles andere wäre zwar typischer Ausdruck unserer Anspruchs-Gesellschaft, aber vom Prinzip her falsch: Wer eine Gefahr ist für unsere Armee, ist sicher auch ein Risiko für unsere Parlamente.

Linke Rhetorik blendet wirkliche Probleme aus

Mit ihrer Entwaffnungsinitiative machen es sich die Sozialdemokraten zu leicht. Völlig undifferenziert unterstellen sie jedem Staatsbürger kriminelle Energie und stempeln ihn zum potentiellen Mörder. Ebenso kaltblütig nützt die SP die aktuellen Berichterstattungen über den Mordfall von Zürich-Höngg aus.

Mangels besserer Argumente zieht die Sozialdemokratie immer wieder den Lausanner Professor Martin Killias als Kronzeugen heran. Dieser hat vor einem Jahr unter dem Titel «Familiendramen – ein schweizerischer «Sonderfall»» seine Sicht der Dinge veröffentlicht. Die SP-Kurzfassung der Darlegungen von Kriminologe Killias lautet: «Jeden Tag wird ein Mensch mit der Armeewaffe getötet.» Killias' Ausführungen jedoch basieren auf reinen Mutmassungen und Schätzungen.

Aus Zahlen, die aus elf Kantonen vorliegen, konstruiert der Professor, dass in der ganzen Schweiz «ungefähr 280 Menschen» pro Jahr an «Schussverletzungen aus Militärwaffen» sterben. Die SP rundet diese Zahl grosszügig auf.

Nicht aus jedem Einzelfall ein Gesetz machen

Faktum ist: Die Schweiz hat im internationalen Vergleich eine relativ tiefe

Mordrate. Die wirklichen Probleme punkto Kriminalität und Gewalttaten liegen namentlich bei illegal erworbenen Schusswaffen, aber auch bei Stichwaffen. Messerstechereien – meist unter Tätern aus dem Balkan oder afrikanischen Ländern – kommen gerade in grösseren Städten immer häufiger vor. Der hohe Ausländeranteil unter den verurteilten Straftätern spricht Bände. Um dieses Problem zu lösen, hat die SVP unter anderem die Volksinitiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer lanciert.

In durchsichtiger Art und Weise missbrauchen die rot-grünen Partei-

en nun diese Fakten, um gegen die Armee Stimmung zu machen. Einen Teilerfolg – und damit einen ersten Schritt zur Abschaffung der Armee – haben sie bereits erzielt, indem einzelne bürgerliche Politiker zugestanden haben, den Soldaten die Taschenmunition künftig nicht mehr nach Hause mitzugeben. Dieser Entscheidung war grundfalsch, und es ist zu hoffen, dass er baldmöglichst korrigiert wird.

Ja zur Milizarmee – Ja zur Waffentradition

Wollen wir die Milizarmee aufrechterhalten, muss jeder Wehrmann über

seine Waffe verfügen können. Das Sturmgewehr gehört in den Kleiderschrank. Und auch die Taschenmunition darf den Soldaten nicht vorenthalten werden.

Es ist Ausdruck der Demokratie, dass der Bürger das Sagen hat. Ebenso ist es Ausdruck einer echten, freiheitlichen Demokratie, dass der Bürger die Gewalt über die Waffen hat – und nicht irgendwelche staatlichen Instanzen. Abgesehen davon, dass es auch ein sicherheitspolitischer Unsinn wäre, alle Dienstwaffen in den Zeughäusern einzulagern, erinnert dieses Prinzip fatal an die Organisation afrikanischer Militär-

diktaturen, wo der jeweilige Herrscher über die Arsenalen gebietet und die Waffen den ihm genehmen Gruppierungen verteilt. In der freien Demokratie jedoch bestimmt der Souverän.

Wer meint, die Sicherheit könne durch die Nichtabgabe der Munition und das Zurückbehalten der Waffe erhöht werden, der stellt die Mündigkeit der Bürger in Frage. Wer aber die Mündigkeit der Bürger in Frage stellt, traut der Demokratie nicht. Und ist damit selber ein ernsthaftes Sicherheitsrisiko für den demokratischen Staat.

Werner Gartenmann, Major, stellvertretender Geschäftsführer der AUNS, Initiant der Aktion Notwehr

Wo bleibt das Vertrauen in Volk und Armee?

Laut Presseberichten hat kürzlich ein Italiener im Tessin mit Pfeil und Bogen eine Tankstelle überfallen. Der Tankwart wurde durch die Waffe verletzt ... In Griechenland hackte ein Vater dem Freund seiner Tochter mit einem Schwert die Hand ab ... Der Mord von Zürich-Höngg hat die Diskussion über die Lagerung von Armeewaffen neu lanciert. Auf dem Buckel der Armeeingehörigen, der Schützen, der Jäger und Waffensammler führen Linke und Mitte ihren politischen Kampf gegen die Milizarmee und gegen eine freiheitliche Staatsordnung.

Zum Fall Höngg: Warum erschießt ein Armeeingehöriger mit seiner persönlichen Waffe einen jungen Menschen? Wenn der Täter auffällig war, warum wurden keine Massnahmen ergriffen? Warum wurde der Munitionsbefehl nicht durchgesetzt? Wurden Sorgfaltspflichten verletzt? Die Forderung ist klar: Diese Fragen müssen nach dem Mord von Zürich-Höngg restlos geklärt werden. Es geht nun darum, die richtigen Schlüsse aus dem Fall zu ziehen. Seit bekannt ist, dass die Tatwaffe ein Ordonnanz-Sturmgewehr war, wird jedoch eine wenig glaubwürdige Betroffenheitspolitik betrieben. Die sonst auf Konkordanz pochende Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey preschte mit der Forderung vor, die Waffe sei den Armeeingehörigen nun abzunehmen. Solcher Aktivismus wird der Sache nicht gerecht.



Sichere Schweiz

Die Schweiz ist eines der sichersten Länder weltweit. Also sind Waffen ein Mittel gegen Kriminalität. Staaten mit restriktiven Waffengesetzen und ohne Armeewaffen zu Hause weisen

teilweise beträchtlich höhere Kriminalitätsraten auf. Waffenverbote entwaffnen Kriminelle nicht. Zugegeben: Ordonnanzwaffen werden für Tötungsdelikte und für Suizide missbraucht. Die von den Waffengegnern kolportierte Zahl von 300 Fällen jährlich ist aber falsch. Die Zahl liegt beträchtlich tiefer, dem VBS und dem Bundesamt für Gesundheit BAG zufolge bei ungefähr 180. Rund 10 Prozent der Tötungsdelikte und 20 Prozent der Suizide mit Schusswaffen werden mit Ordonnanzwaffen begangen. Weiter in der Statistik: Jährlich werden über 75 Millionen Patronen verschossen. Gegen 535 000 Sturmgewehre 57 und 90 sowie Armeepistolen 75 befinden sich – nebst anderen Waffen – in der Hand von Bürgern. An Feldschiessen nehmen jährlich unfall- und gewaltfrei (ohne Hooliganismus) über

100 000 Bürgerinnen und Bürger – und Jugendliche! – teil. Ohne die schlimmen Vorfälle bagatellisieren zu wollen: Gerade mit den Armeewaffen wird verantwortungsvoll umgegangen.

Ohne Waffe keine Demokratie und Freiheit

Einer der wichtigsten Vordenker für viele Verfassungen liberaler Staaten war der englische Philosoph John Locke. Das Volk hat ein Widerstandsrecht, führt Locke aus. Wenn Leben, Freiheit und Eigentum der Mehrheit bedroht sind, dann habe das Volk ein allgemeines Recht auf Widerstand. Denn es gebe für Streitigkeiten zwischen Volk und bürgerlichen Instanzen keine Appellationsinstanz. Wenn Exekutive und Legislative sich gegen das Volk wenden oder wenn die gesetzgebende Gewalt auf eine auswärtige Macht übertragen wird (!), dann entstehe das Recht auf Selbstverteidigung und das Volk dürfe zu den Waffen greifen. Diese Überlegungen sind grundsätzlicher Natur und bilden heute noch den Kern einer freiheitlichen Staatsordnung. Der bewaffnete Bürger war der Vor-

kämpfer der Demokratie. Historische Beispiele sind u.a. die Freiheitsbewegung in den jungen USA sowie die Französische Revolution und ihre Auswirkungen auf Europa. Die Geschichte unserer Eidgenossenschaft ist ein Freiheitskampf und manifestiert die grundsätzliche Forderung nach «allgemeiner Volksbewaffnung».

Deshalb wird auch klar, warum totalitäre Staaten ihre Völker entwaffnen. Mit Blick auf diese Zusammenhänge stösst der Aktivismus gewisser SVP-Ständeherrn gegen die Ordonnanzwaffe und Taschenmunition auf Unverständnis.

Die Einheit von Soldat, Waffe und Munition

Die Schweiz hat eine Milizarmee. Also stellt sich die Frage, wer «die Miliz ist». Der Bürger als Milizsoldat mit der persönlichen Waffe und der Schutzmunition bildet eine Einheit. Diese Ansicht vertreten der amtierende Chef der Armee, Korpskommandant Christophe Keckeis, und sein Nachfolger Roland Nef («Tagesanzeiger» vom 6. 6. 07 bzw. news.ch vom 9. 6. 07). Eine Einheit, die historisch gewachsen ist, die identitätsstiftend für die Willensnation Schweiz ist, unser staatspolitisches Verständnis – das Volk ist der Souverän – ausdrückt und sicherheitspolitisch nach wie vor Sinn macht. Denn es gilt: Baue nicht darauf, dass der Feind nicht kommt, baue auf deine Bereitschaft.

Diese Einheit wird jetzt aufgebrochen. Bundesrat und Parlament haben beschlossen, die Taschenmunition den Armeeinghörigen nicht mehr abzugeben. Es ist freilich noch nicht lange her, dass der Bundesrat eine ganz andere Stellung bezog. Im September 2006 lehnte er die Motion «Weg mit der Taschenmunition» von SP-Ständerätin Anita Fetz mit folgenden Argumenten ab (Zitat):

- Nach wie vor bestehen Bedrohungen, welche die Gesellschaft unerwartet treffen könnten.
- Mit der Abgabe der Taschenmunition wird deshalb auch der Wehrwille der Bürgerinnen und Bürger der Schweiz demonstriert.
- In einer Demokratie, die von einer mannigfaltigen Mitwirkung ihrer

Bürgerinnen und Bürger lebt, ist die Abgabe der Taschenmunition zudem aus staatspolitischer Sicht von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Sie manifestiert und fördert das Vertrauensverhältnis, das zwischen Bürger und Staat besteht und ohne das unser Staatssystem nicht auskommt.

- Die Armeeinghörigen sind in der Lage, mit der ihnen anvertrauten Ausrüstung verantwortungsvoll umzugehen.
- Wer die Taschenmunition sorgfältig zu Hause aufbewahrt, stellt kein erhöhtes Sicherheitsrisiko dar. Die Sicherheit wird nicht erhöht, wenn korrekt handelnden Angehörigen der Armee die Taschenmunition abgenommen wird.
- Die Sicherheit wird dann erhöht, wenn dort eingegriffen wird, wo Missbräuche mit der Waffe und Munition entstehen.
- Vor diesem Hintergrund erachtet der Bundesrat die Rücknahme der Taschenmunition bei den aktiven Angehörigen der Armee als sachlich nicht gerechtfertigte Massnahme. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion. (Ende Zitat)

Knapp neun Monate später vollzog der Bundesrat eine Kehrtwendung und drehte seine ursprünglichen Argumente ins Gegenteil!

Ein krasses Misstrauensvotum

Das Dienstreglement fordert in Ziffer 32: «Ziel der militärischen Ausbildung und Erziehung ist die Fähigkeit zur Auftragserfüllung im Krieg und in anderen Krisensituationen, auch unter Einsatz des Lebens.» Im Gegenzug sollten Staat und Gesellschaft, die von der Armee verlangen, dass sie die Sicherheit garantiert, uneingeschränktes Vertrauen in ihre Angehörigen haben. Wenn F/A-18-Piloten nun den Befehl erhalten, während des Assistenzeinsatzes für das World Economic Forum 2008 ihre Taschenmunition abzugeben, wird klar, welch absurder Schritt vollzogen wurde: Die Piloten sollen mit bewaffneten Flugzeugen den Luftraum sichern, aber «am Boden» werden sie entwaffnet, weil sie offenbar eine Gefahr für die Gesellschaft sind. In der zivilen Arbeits-



Der Bürger als Schütze und Soldat: Feldschiessen

welt würde man von einem massiv gestörten Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber sprechen.

Den Ursachen auf den Grund gehen

Gesellschaftliche Fehlentwicklungen dürfen nicht auf dem Buckel der Armee ausgetragen werden. Es geht nicht an, dass man die Armeeinghörigen unter Generalverdacht stellt, sie als potenzielle Mörder (gemäss «Annabelle»-Propaganda Kindsmörder!) und Selbstmörder behandelt. Der Waffenmissbrauch und nicht der Waffenbesitz müssen bestraft werden. Und wir müssen die Ursachen der zunehmenden Gewalt bekämpfen. Wir sollten vermehrt über die Verrohung der Gesellschaft, Disziplin, Eigenverantwortung und Sorgfaltspflichten diskutieren. Und wir sollten darüber sprechen, ob schweizerische Werte «globalisierbar» sind, indem die Einbürgerung als reiner Verwaltungsakt praktiziert wird. Ich bin nicht bereit, mich als Schweizer quasi desintegrieren zu lassen – sprich meine Werte und Rechte preiszugeben –, damit eine Minderheit integriert werden kann.

Geschmacklose Instrumentalisierung

Grenzt es an Zynismus, dass ich die «Aktion Notwehr» (www.aktion-notwehr.ch) in Kenntnis des Tötungsdelikts von Högg aufrechterhalte und für die Einheit von Armeewaffe und Taschenmunition eintrete? Nein, denn trotz des tragischen Ereignisses darf das grundsätzliche Anliegen

nicht aufgegeben werden. Geschmacklos ist die skrupellose Instrumentalisierung des Mordes in Högg durch die Entwaffnungslobby und Armeegegner.

Stopp dem Aktivismus

Abzulehnen sind Vorschläge, den Verschluss (was gibt man bei der Pistole ab?) oder freiwillig und kostenlos die Ordonnanzwaffe im Zeughaus zu deponieren. Kantone, welche Letzteres ermöglichen, verstossen gegen Bundesrecht. Hier wäre zu erwarten, dass das Verteidigungsdepartement sich durchsetzen würde – oder hat der Taschenmunitions-Kompromiss bereits zu einer Autoritätseinbusse geführt? Es wird interessant sein, wie das Verteidigungsdepartement solche Kantone «behandelt» im Vergleich zu Angehörigen der Armee, welche die Rückfassung der Taschenmunition verweigern. Abzulehnen ist zudem die bereits angekündigte Übernahme von schärferen Schengen-Waffenrichtlinien: Bundesbern halte seine Abstimmungsversprechen! Die von Bundesrat Samuel Schmid kürzlich angekündigte Studie über den Umgang mit Armeewaffen kann bei richtiger Fragestellung zum Schluss kommen, die persönliche Armeewaffe stelle kein erhöhtes Risiko dar. Zielt aber die Studie darauf ab, die Frage zu beantworten, wie «wenigstens ein einziges Leben gerettet» werden kann, dann ist die Studie die bundesrätliche Wegbereiterin der Abschaffung der Schweizer Milizarmee. Nach dem Taschenmunitions-Entscheid wäre dies allerdings wenig erstaunlich.

Rasche Abstimmung über die Entwaffnungsinitiative

Zu gegebener Zeit haben wir anzutreten gegen die Total-Entwaffnungs-

Initiative «für den Schutz vor Waffengewalt». Es bleibt zu hoffen, dass der gesunde Menschenverstand in der Politik – wenigstens bei einer Mehrheit – erwacht. Auf einen Ge-

genvorschlag zur Initiative ist zu verzichten, die Vorlage ist rasch zur Abstimmung zu bringen. Zwischen Politik und Armee sowie dem Volk ist ein Bündnis zu schmieden. So hat

die Entwaffnungsinitiative keine Chance. Denn es wird sich erweisen: Es geht nicht um mehr Sicherheit, sondern um weniger Freiheit, weniger Demokratie, weniger Schweiz.

VERTEIDIGUNG

Nationalrat Thomas Hurter, Militär- und Swisspilot, SH

Nur ein Nein zur Weber-Initiative garantiert eine sichere und neutrale Schweiz mit einem Dach über dem Kopf

Am 24. Februar 2008 hat das Schweizer Stimmvolk darüber zu befinden, ob die schweizerische Luftwaffe weiterhin über ihrem Territorium, sprich dem schweizerischen Luftraum, trainieren und operieren darf. Der Nationalrat lehnte die Initiative mit 119 zu 58 Stimmen bei 11 Enthaltungen ab. Im Ständerat gab es 31 ablehnende und 3 befürwortende Stimmen bei 7 Enthaltungen.

Die Luftwaffe, als Teil der Schweizer Armee mit dem verfassungsmässigen Auftrag, die Sicherheit der Schweiz zu wahren, ist verantwortlich für den Schutz unseres Luftraumes. Damit sorgt sie nicht nur für die Sicherheit des zivilen Luftverkehrs, sondern auch für die Sicherheit der Einwohner dieses Landes.

Diesen Auftrag kann nur die Luftwaffe erfüllen.

Wer über die Schweiz fliegt, muss kontrolliert werden können. Hilfeleistungen für Flugzeuge mit Navigationsproblemen, Ahndung von Luftraumverletzungen, Kontrolle unwilliger Einflüge und Abweichungen

von Flugplänen, Durchsetzen von Sicherheitsbestimmungen (WEF Davos, G8-Gipfel in Genf, Euro 2008 etc.) sind nur einige der täglich ausgeführten Aufgaben der Luftwaffe. Zudem muss die Luftwaffe über ein profundes Know-how der Luftverteidigung verfügen, das steten Trainings bedarf. Auch ist die Luftwaffe



aufgrund der topographischen und meteorologischen Bedingungen darauf angewiesen, Übungen in der Schweiz durchzuführen.

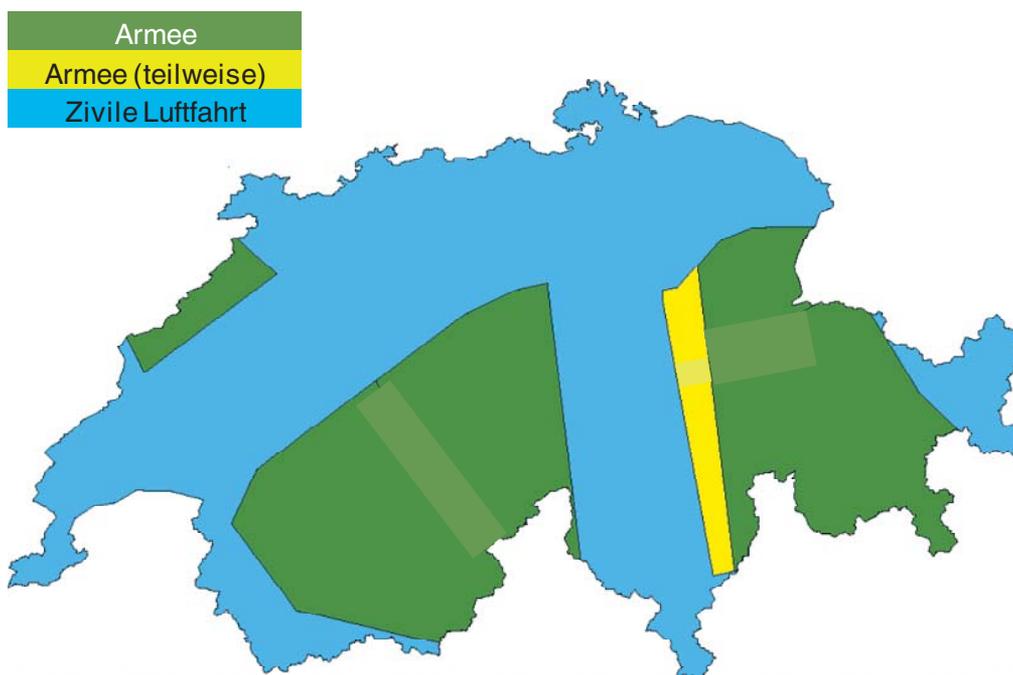
Das VBS ist sich bewusst, dass Fluglärm für die Betroffenen eine Beeinträchtigung der Lebensqualität darstellt, und bemüht sich deshalb um ständige Verbesserungen.

Bestmögliche Schonung

In den letzten Jahren wurde die Zahl der Flugzeuge (um 80% seit 1980) sowie Flugzeugbewegungen (um 55% seit 1980) sehr stark reduziert. Ebenfalls wurden die Flugbetriebszeiten eingeschränkt, vermehrt im Simulator trainiert und Start- und Landeverfahren lärmoptimiert. Sodann gab es weniger Überschallflüge und diese nur in grossen Höhen. Wenn immer möglich wird bei lokalen Anlässen, wie zum Beispiel bei Beerdigungen rund um die Flugplätze, auf den Flugdienst verzichtet.



Trainingsräume der Luftwaffe



Tiefflüge und die meisten Nachtflüge werden heute im Ausland trainiert.

In den vergangenen Jahren wurden die für die Luftwaffe zur Verfügung stehenden Lufträume immer mehr eingeschränkt (siehe Karte Trainingsräume der Luftwaffe) oder sogar gestrichen. Nicht zuletzt durch die Ausdehnung des zivilen Luftverkehrs musste die Luftwaffe zusätzlich zeitliche und räumliche Einschränkungen auf sich nehmen. Heute verfügt die Luftwaffe eigentlich nur noch über zwei grössere Gebiete im Wallis/Berner Oberland und in Graubün-

den sowie über ein kleineres Gebiet im Jura.

Die Volksinitiative «Gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten» verlangt, dass in «touristisch genutzten Erholungsgebieten» in Friedenszeiten keine Übungsflüge mit Kampfjets mehr stattfinden. Davon wären voraussichtlich genau diese Trainingsräume betroffen. Die Luftwaffe wäre somit nicht mehr in der Lage, ein ausreichendes und glaubwürdiges Training sicherzustellen. Die Wahrung unserer Souveränität, die Neutralität und die Sicherheit unse-

rer Schweiz werden damit gefährdet.

Nichts gewinnen, alles verlieren

Die Initiative hätte kaum einen positiven Effekt auf den Tourismus. Ganz abgesehen davon, dass der Wortlaut «touristisch genutzte Erholungsgebiete» eigentlich für die ganze Schweiz gelten könnte! Der Geltungsbereich der Initiative ist nicht abschliessend bestimmbar und die Ausscheidung touristisch genutzter Gebiete liegt in der Kompetenz der Kantone.

Die Schweiz wäre bei einer Annahme das einzige Land in Europa, das seinen Luftraum nicht mehr kontrollieren könnte. Die Folgen für unser Land wären katastrophal. Wir würden unseren Ruf als weltweit sicherstes Land gefährden. Um weiterhin die Sicherheit und Kontrolle in der Luft zu garantieren, müssten wir vermutlich den militärischen Anschluss an die Nato suchen.

Dies hätte aber einen weitreichenden Souveränitätsverlust und die Aufgabe der Neutralität zur Folge.

AUSSENPOLITIK

Kantonsrat Claudio Zanetti, ZH

Calmy-Reys Aussenpolitik – schädlicher als jedes Schäfchenplakat

Die Wahrung der Unabhängigkeit und Wohlfahrt des Landes sei das oberste Ziel der schweizerischen Aussenpolitik, heisst es auf der Webpage des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten. Micheline Calmy-Reys Aktivismus wahrt aber nicht die Unabhängigkeit, sondern führt die Schweiz in die Isolation.

Keine andere Politdomäne hat die Aufklärung mit ihren freiheitlichen Ideen so unbeschadet überstanden wie die Aussenpolitik, in der demokratische oder plebiszitäre Elemente bestenfalls ein Mauerblümchendasein fristen. In den meisten Ländern liegt es sogar im freien Ermessen der Hohen Damen und Herren, ob ein von ihnen ausgehandelter Staatsvertrag dem Volk zur Abstimmung unterbreitet werden soll, was üblicherweise von den Gewinnchancen abhängig gemacht wird. In der Schweiz ist das anders. Das hat zur Folge, dass sich Schweizer Bundesräte im Ausland als minderwertig vorkommen, denn während in parlamentarischen Demokratien die Ratifikation durch das Parlament eine reine Formsache ist, weil die Regierung über eine Mehrheit verfügen muss, hat die Schweizer Regierung gleich

mehrere Hindernisse zu bewältigen: So sind die Verhältnisse in der Bundesversammlung nicht von vornherein klar, und die unterliegende Minderheit kann das Referendum ergreifen, sofern eine Volksabstimmung nicht sogar zwingend vorgeschrieben ist. Bis zu einem gewissen Grad ist es vor diesem Hintergrund sogar verständlich, dass sich Bundesräte über die Langsamkeit der Demokratie beklagen und deren «Verwesentlichung» fordern. Den selbstbewussten Bürger braucht das hingegen nicht zu kümmern.

Aussenpolitik zur eigenen Glorie

Das Auftreten der Schweiz im Ausland hat einen unglaublichen Wandel durchgemacht. Noch vor 20 Jahren beschränkte sich schweizerische Aussenpolitik im Wesentlichen auf



alles ist, wollte die offizielle Schweiz nicht abseits stehen. Und niemand verkörperte dieses Anliegen inniger als Adolf Ogi, der sein Glück kaum fassen konnte, als er in Brüssel Ministern und Nato-Generälen die Hand geben durfte. In seiner Euphorie vergass er sogar, dass die Schweiz als Ausdruck republikanischer Gesinnung kein Staatsoberhaupt kennt, und stellte sich flugs auf die gleiche Stufe wie ein deutscher Staatspräsident, was im Grunde einem Staatsstreich gleichkommt.

Mit Micheline Calmy-Rey hat das Konzept, Aussenpolitik als Show zu betreiben und sie als Bühne zur Selbstdarstellung zu benutzen, einen weiteren Höhepunkt gefunden. Die umtriebige Sozialdemokratin, die für die Bedürfnisse der Volkswirtschaft nur wenig übrig hat, wirbelt in der ganzen Welt umher, und es geht ihr dabei vor allem darum, der ganzen Welt zu zeigen, was für ein guter Mensch sie doch ist – oder zumindest, dass sie von hehren Zielen getrieben ist. Auf Kollateralschäden nimmt sie keine Rücksicht.

die Aussenhandelspolitik, und ihre Vertreter wirkten vor allem im Verborgenen; bescheiden, aber sehr effizient. Mit Aufkommen der «Europa-Frage» hat sich dies schlagartig geändert. Plötzlich war es mit der Bescheidenheit vorbei. Als ginge es um eine Olympiade, bei der dabei sein

Dass es Frau Calmy-Rey bei ihren Auftritten vor allem um Selbstdarstellung und die Verbreitung sozialdemokratischen Gedankenguts geht, könnte noch hingenommen werden, wenn darunter nicht das Ansehen des Landes zu leiden hätte. Es sind nämlich nicht die Schäfchenplakate der SVP, die diesem Ansehen geschadet haben, sondern es ist die Politik unserer Aussenministerin, deren Aufgabe es wäre, Schaden vom Land abzuwenden.

«Aktive Neutralität» ist keine Neutralität

Weil Frau Calmy-Rey genau weiss, dass das Schweizer Volk an der Neutralität hängt, wagt sie es nicht, offen gegen diese vorzugehen.

Wie Cäsar einst die Republik der Form nach bestehen liess, um im Hintergrund eine Monarchie aufzubauen, behauptet sie, auch ihr liege die Neutralität am Herzen. In Tat und Wahrheit hat sie ihr nicht nur einen neuen Namen, sondern einen völlig neuen Sinn gegeben. Kühn redet sie von «aktiver Neutralität» und schert sich einen Deut darum, dass dies schon in sich ein Widerspruch ist.

Doch, was auch immer man unter Neutralität genau verstehen mag: Unbestreitbar ist, dass es in einem Konfliktfall einzig und allein darauf ankommt, ob man von den Konfliktparteien als neutral wahrgenommen wird. Und genau darum kümmert sich der Gutmensch Calmy-Rey

nicht. So behauptet sie beispielsweise, ohne dies weiter zu begründen, die Schweiz habe als Depositärstaat der Genfer Konventionen eine besondere Verantwortung für die Einhaltung des Völkerrechts, und leitet daraus die Berechtigung ab, der Welt Zensuren zu erteilen. Das ist mit dem Wesen der Neutralität nicht zu vereinbaren und stösst auch auf entsprechende Kritik. So haben sowohl der israelische Botschafter in der Schweiz wie auch der Dachverband der Schweizer Juden ihr und ihrem Departement vorgeworfen, einseitig Partei für die Palästinenser zu ergreifen. In einer solchen Situation ist es völlig unerheblich, ob man in der Sache Recht hat – Frau Calmy-Rey hat die Schweiz als glaubwürdige – weil

neutrale – Vermittlerin unmöglich gemacht.

Auch auf persönlicher Ebene hat Frau Calmy-Rey, die im Namen der Schweiz auftritt, viel Geschirr zer schlagen. So wurden wir – im Gegensatz zu den anderen «Neutralen» Norwegen und Schweden – zur Nahost-Friedenskonferenz in Annapolis nicht einmal eingeladen. Ob es am Vorpreschen mit der sogenannten Genfer Initiative liegt oder daran, dass sie die amerikanische Aussenministerin Condoleezza Rice offenbar nicht mehr sehen will, kann an dieser Stelle offen gelassen werden. Fest steht jedenfalls, dass ausgerechnet eine überzeugte Internationalistin die Schweiz in die Isolation treibt.

Nationalrat Hansruedi Wandfluh, Unternehmer, BE

Unternehmenssteuerreform II: Etwas für die «Kleinen» und für den Werkplatz Schweiz!

Mit klaren Mehrheiten (Nationalrat 123:70; Ständerat 35:8) hiess das Parlament im Frühjahr 2007 die Unternehmenssteuerreform II (UStR II) gut. Dagegen ergriff die SP das Referendum.

Während sich die Unternehmenssteuerreform I von 1997 auf die Verbesserung des Holdingstandorts konzentrierte, will das zweite Paket vor allem kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) entlasten. Sie soll das Gewerbe stärken, dadurch Arbeitsplätze schaffen und die Standortattraktivität der Schweiz erhöhen. Ungerechtfertigte Überbesteuerungen sollen gemildert und zum Teil beseitigt werden. Insbesondere soll für Unternehmer, welche mindestens 10% der Aktien einer Gesellschaft besitzen, die Doppelbesteuerung der



ausgeschütteten Unternehmensgewinne reduziert werden. Statt dass zum Beispiel einem Unternehmer in Frutigen von 100 Franken Unternehmensgewinn wie heute noch knapp 40 Franken verbleiben, werden es bei Annahme der Unternehmenssteuerreform 54 Franken sein. So oder so muss er vom verbleibenden Betrag noch die Vermögenssteuern auf den Aktien bezahlen, was gut und gerne nochmals 20 Franken an Steuern bedeuten mag. So werden nicht selten 70, 80 oder mehr Prozent des Unternehmensgewinns abgeschöpft. Bei

Linderung der Doppelbesteuerung durch die UStR II müssen dem Unternehmen in diesem Beispiel 14% weniger Substanz entzogen werden, um per saldo über genügend Geld zur Bezahlung der Vermögenssteuer zu verfügen. So steht der Firma mehr Geld zur Verfügung für Investitionen in Maschinen oder auch in Arbeitsplätze und Lehrstellen.

Unternehmertum stärken

Daneben sind verschiedene andere Punkte in der Revision integriert, die Ärgernisse für KMUs darstellten. Es geht beispielsweise um die Erleichterung der Restrukturierung von Personenernehmen oder um Steuererleichterungen bei der Liquidation

eines Unternehmens. Oft fehlt dem Bäcker oder dem Metzger die persönliche Vorsorge, da er das erarbeitete Kapital im Betrieb belassen hat, um Investitionen zu tätigen und um das Wachstum zu finanzieren. Mit der Steuergesetzesrevision werden die bei Geschäftsaufgabe einer Personengesellschaft entstehenden Liquidationsgewinne künftig im Sinne der Altersvorsorge zu einem reduzierten Satz besteuert.

Weitere Änderungen sind der Steuerzuschub bei der Übertragung von Grundstücken vom Geschäfts- ins Privatvermögen oder Erleichterungen bei der Nachfolgeregelung. Der letztere Punkt ist besonders brisant, steht doch in den nächsten Jahren gemäss einer kürzlich veröffentlichten Studie von Dun & Bradstreet in 52 047 KMU-Unternehmen die Nachfolgeregelung an. Gemäss der Studie dürften in den nächsten 3–5 Jahren

rund 10 000 Unternehmen die Nachfolgeregelung nicht zuletzt aus steuerlichen Gründen nicht schaffen und die Tore schliessen. Handlungsbedarf ist deshalb dringend angesagt.

Ausgewogene Vorlage

Im Gegensatz zur letzten Steuervorlage, über die 2004 abgestimmt wurde, sind die Kantone diesmal mit im Boot. Für sie ist insbesondere wichtig, dass nur echte Unternehmer mit einer Minimalbeteiligung von 10 % entlastet werden und nicht jeder Nestlé- oder UBS-Aktionär. Auch Manager der Grosskonzerne wie Marcel Ospel oder Daniel Vasella profitieren nicht von irgendwelchen Erleichterungen, da sie mit ihren Beteiligungsquoten deutlich unter 10 % liegen.

Die durch die Revision verursachten zwingenden Ausfälle für die Kantone belaufen sich auf Fr. 17 Mio. Die

meisten Kantone kennen heute ein Entlastungssystem für die Doppelbesteuerung der Unternehmensgewinne und haben damit gute Erfahrungen gemacht. Sie möchten diese Systeme beibehalten. Die Abstimmungsergebnisse in den Kantonen Zürich und Basel vom November 2007 haben deutlich gezeigt, dass die Bundeslösung in die richtige Richtung geht.

Argumente der Gegner greifen zu kurz

Das Argument des Referendumskomitees greift zu kurz, die AHV und die Sozialleistungen würden durch die Vorlage geschwächt, da die Unternehmer nicht mehr sozialabgabepflichtigen Lohn bezögen, sondern Dividenden. Wer so argumentiert, vergisst, dass der Lohn im Unternehmen als Aufwand abziehbar ist und die Dividende nicht. Die befürchtete

Verschiebung wird sich nur in den wenigsten Fällen lohnen. Zudem wird der Vater Staat analog heute darüber wachen, dass hier kein Missbrauch betrieben wird. Heute setzt die Steuerverwaltung in vielen Fällen den Maximallohn für Unternehmer fest, damit diese gezwungen werden, doppelt besteuerte Unternehmensgewinne zu beziehen, um ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Die Annahme der UStR II stärkt die Wirtschaft, indem sie Unternehmertum fördert und Anreize für Investitionen schafft. Das bringt Wachstum, führt zu neuen Arbeitsplätzen und auch zu Lehrstellen. Letztlich ist dadurch auch mit insgesamt höheren Einnahmen für Bund, Kantone und Sozialversicherungen zu rechnen. Ich bitte Sie, wie Bundesrat, Nationalrat und Ständerat, der Vorlage zuzustimmen. Sagen Sie «JA» zur Unternehmenssteuerreform II.

BÜRGERRECHT

Hermann Lei, Rechtsanwalt, TG

Beharrungsvermögen des Systems

In Frauenfeld kann das Volk nicht über Einbürgerungen entscheiden. Dieses Recht ist dem Gemeinderat vorenthalten. In Abstimmungen entscheidet er auf Antrag einer Kommission, ob ein Kandidat das Bürgerrecht erhalten soll oder nicht. Nur: Das Verfahren ist so angelegt, dass der Entscheid des Gemeinderates eine Alibiübung bleibt. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass die «Kompetenz» des Gemeinderates gerade mal darin besteht, ein fragwürdiges Geheimverfahren mit einem demokratischen Feigenblatt zu kaschieren. Denn: Als Mitglied des Gemeinderates muss man über die Gesuche entscheiden, ohne dass man Einsicht in die Akten der Gesuchsteller erhält. Der Entscheid ergeht also blind, in Unkenntnis der Dossiers. Im Rat spielt ein gruppenspezifischer Prozess: Wer nicht unangenehm auffallen will, winkt



die Bürgerrechtsgesuche kritiklos durch.

Wert des Bürgerrechts erkennen

Für mich ist das Bürgerrecht etwas Wertvolles: Es geht nicht um eine

Aufenthaltsbewilligung – es geht um die Aufnahme in unsere Gemeinschaft. Es geht um die Übernahme aller bürgerlichen Rechte und Pflichten. Es geht um den Anschluss an unsere Kultur, unsere Geschichte, unsere Tradition. Und vor allem: In unserer direkten Demokratie, in der wir Bürger die höchste Instanz sind und die Geschicke des Landes bestimmen, geht es um das Mitregieren. Wie kann ich da einen Gesuchsteller durchnicken, von dem ich weder das Vorleben, seine Werthaltung noch die Loyalität unserer Ordnung gegenüber kenne?

Gegen diese Farce wehre ich mich. Die Bürgerrechtsvergabe ist ein wichtiges Geschäft, als dass man der politischen Korrektheit zuliebe auf eine parlamentarische Überprüfung verzichten könnte. Und zudem treibt mich eine grundsätzliche

Überlegungen um: Ich empfinde es als stossend, wenn man Fassadenpolitik betreibt und dem Volk einen demokratischen Vorgang vorgaukelt. Da will ich nicht mittun.

Mit Formalismus gegen Transparenz

Darum habe ich ein Rechtsmittel ergriffen, um meinen Anspruch auf Akteneinsicht durchzusetzen. Umgehend senkte sich der administrative Schlagbaum. Der Rekurs gegen den Verweigerungsentscheid wird nur behandelt, wenn man einen sattem Kostenvorschuss entrichtet. Bereits aber haben sich die Behörden der Stadt Frauenfeld verhalten lassen: In ihrer Stellungnahme an das mit dem Fall befasste Departement wird mein Rekurs mittels einer merkwürdigen formaljuristischen Argumentation und gestützt auf falsche Angaben zur Ablehnung empfohlen. Abschätzig heisst es, meine «Neugier nach den für die Einbürgerung nicht relevanten Tatsachen»

verdiene keinen Rechtsschutz. Nur: Mir war unter anderem deshalb die Akteneinsicht verweigert worden, weil sich darin Informationen betreffend Strafverfahren fänden – eine bei Einbürgerungen nicht relevante Tatsache?

Damit nicht genug. Gleich zu Beginn des Schreibens an den Regierungsrat, noch bevor das Geheimverfahren gewunden verteidigt wird, er-

folgt die politische und persönliche Abrechnung.

Abwehrstellung des Systems

Es wird mir zum Vorwurf gemacht, dass ich das scheindemokratische Einbürgerungsverfahren öffentlich thematisiert habe (so etwa im «Klartext» Nr. 9/2007). Herablassend wird mein Anliegen abqualifiziert: «Es

bleibt zu vermuten, dass der Rekurrent lediglich das Ziel der populistischen Stimmungsmache in Bezug auf die kommende Abstimmung zur Änderung des Gesetzes über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht sowie die nationale SVP-Volksinitiative zum Einbürgerungsrecht verfolgt.» Wohl verstanden: Diese Worte fallen nicht in der politischen Auseinandersetzung, sondern im Verfahren, welches die Rechtmässigkeit

der Einsichtsverweigerung untersuchen soll. Politik und Juristerei werden munter vermischt. Ganz offensichtlich reagieren die Systemvertreter gereizt auf die Forderung nach Transparenz und Klarheit. Die Lehre daraus ist nicht neu: Gegen bürokratische Undurchsichtigkeit helfen nur intakte Volksrechte. Deshalb müssen wir diese verteidigen – zum Beispiel mit der SVP-Volksinitiative für demokratische Einbürgerungen.

UNSER ERBE

Petra Kunz, OK-Präsidentin Bierhübelifeier, BE

90 Jahre Bierhübelirede



Rudolf Minger, 1881–1955, bei einer seiner 234 gehaltenen Reden

Rudolf Minger (Bundesrat 1929–1940)

Am 24. November 2007 war es auf den Tag genau 90 Jahre her, seit Bundesrat und BGB-Gründer Rudolf Minger aus Schüpfen seine legendäre Bierhübelirede hielt.

Grund genug dieses Jubiläum zu feiern. Denn die Rede, die Rudolf Minger am 24. November 1917 im Bierhübeli vor den Abgeordneten des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften in Bern hielt, war damals der Startschuss zur Gründung der damaligen BGB – der heutigen SVP. So konnte man dieses Jahr sagen: «Aller guten Dinge sind drei», denn die SVP feierte – nach der Gedenkfeier zum 50. Todestag 2005 und der Homepageaufschaltung zum 125. Geburtstag 2006 – zum dritten Mal zu Ehren ihres Gründungsvaters. Die Feier fand im selben Bierhübelisaal statt, wo vor 90 Jahren Rudolf Minger seine legen-

däre Rede hielt. Die rund 150 Gäste durften einen historischen und interessanten Anlass erleben. Während des gemeinsamen Mittagessens wurden Bilder und Zitate von und über Rudolf Minger an die Wand projiziert.

Prominenter hätten die Referenten an diesem Tag nicht sein können – denn es traten die beiden Bundesräte Samuel Schmid und Christoph Blocher sowie Parteipräsident Ueli Maurer auf. Fazit – «Zukunft braucht Herkunft». Und das hat die SVP! So wurden Worte von damals zu den heutigen und sollen auch für die Zukunft Gültigkeit haben.

Kein Mann hat die SVP so geprägt wie Rudolf Minger. Er überzeugte durch seine Bodenständigkeit und Weitsicht. So dürfen wir uns auch heute noch mit Respekt an unseren Gründungsvater erinnern, dessen Idealen wir als echte Mittelstandspartei treu geblieben sind.

Die komplette Bierhübelirede von Rudolf Minger finden sie unter www.mingerruedi.ch unter dem Kapitel Politik/Reden. Die gehaltenen Reden unserer SVP-Bundesräte finden Sie unter dem Kapitel Erinnerungsanlässe.

Werbung



SVP-HIT

GUTSGHEIN

SVP Spezialpreis

- Übernachtung im Doppelzimmer
- mit Frühstücksbüffet
- Benützung von Hallenbad, Sauna, Aromadampfbad und Tiefgarage

FR.50.-

pro Person/Nacht

Egal wieviel Nächte!

Wellness-Hallenbad
Sauna-Dampfbad-Whirlpool

***Hotel-Restaurant
Alpenblick
Fieschertal

Familie Holzer Fabian - 3984 Fieschertal - Tel 0279701680 - Fax 0279701665
www.hotelalpenblick.ch - alpenblick@rhone.ch

Hilfe für

unsere schöne

Volksmusik!

Wir wollen unsere Volksmusik weiterhin über einen normalen (UKW-)Kanal am Radio hören.

Darum wehren wir uns mit einer kraftvollen

Petition

Auch Altbundesrat Adolf Ogi unterschrieb. Unterschreiben Sie auch!

Postfach 455, 3904 Naters

Petitionsbogen: www.volksmusik-fuer-alle.ch

Telefon: 079 500 30 50

Rösli Zuppiger, ZH

Die intakten Familien endlich entlasten!

Die finanzielle Belastung der Familie – vor allem der Familien mit mehreren Kindern – ist über die letzten Jahre ständig gewachsen. Wesentlich dazu beigetragen haben die Erhöhung der Steuern (insbesondere der Mehrwertsteuern), Gebühren und Prämien (Abfall, Krankenkassen) sowie die Revision der Krankenkassenprämienverbilligung und der Ausbildungsbeiträge.

Aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wächst der Druck auf die Eltern, von einer Einverdiener- zu einer Zweiverdienererwerbstätigkeit überzugehen. Eine doppelte Erwerbstätigkeit beider Elternteile wird aus Gründen volkswirtschaftlicher Produktivität auch von Staats- und Wirtschaftsseite gefördert. Zudem werden von Staatsseite Zweiverdiener-Elternpaare finanziell unterstützt bzw. deren Situation erleichtert.

Falsche Optik

Für Mütter und Väter von Familien mit mehreren Kindern stellt dieser Zwang zur Aufnahme einer ausserhäuslichen Erwerbstätigkeit beider Elternteile bei gleichzeitiger Familien- und Erziehungsarbeit vielfach eine unzumutbare Doppelbelastung dar. Besonders betroffen sind zudem

Familien mit mittleren und niedrigen Einkommen.

Kinderreiche Familien beginnen sich zu wehren

Auf Einladung der Interessengemeinschaft «Familie 3plus» trafen sich am 3. November in Bern rund 500 Familien und Einzelpersonen zum 10. Schweizerischen Familientag. Auf dem Podium diskutierten Nationalräte und Nationalrätinnen verschiedener Parteien. Die SVP war mit Peter Föhn vertreten.

Mit einer Resolution forderten die Teilnehmer Bund und Kantone dazu auf, jede Diskriminierung von Einverdiener-Elternpaaren gegenüber Zweiverdiener-Elternpaaren zu beenden. Jede Subventionierung einer Fremdbetreuung der Kinder sei mit einer entsprechenden Abgeltung an

Eltern zu kompensieren, die ihre Kinder selber betreuen.

Familienarbeit ist eine vollwertige Arbeit!

«Familienarbeit (Familienmanagement) ist eine vollwertige Arbeit!», schrieben die Teilnehmer in ihrer Resolution. «Als Mütter und Väter von mehreren Kindern wünschen wir uns eine bessere Anerkennung des Stellenwerts der Familienarbeit und des Beitrags, den wir insbesondere mit unserer Erziehungsarbeit (Humanwissen) zugunsten der Gesellschaft und Wirtschaft leisten.»

Staat und die Wirtschaft wurden dazu aufgefordert, jeden Druck auf die Eltern kinderreicher Familien in Richtung Aufnahme einer Zweiverdiener-Erwerbstätigkeit umgehend einzustellen.

Familienfeindliche Mehrwertsteuer

Auf besondere Kritik stiess auch die Mehrwertsteuer, die als «unsoziale und familienfeindliche» Abgabe kritisiert wurde, weil sie keine familienpolitischen Korrekturmassnahmen zulasse. In der Resolution wurde gefordert, auf jede Mehrwertsteuererhöhung zu verzichten. Im Rahmen der laufenden Mehrwertsteuerreform sei ein spezieller Satz für Güter des täglichen Bedarfs beizubehalten, der den gegenwärtigen Spezielsatz von 2,4 Prozent nicht überschreitet.

Nestwärme

Vergessen wir in all den Gedanken um die Wirtschaft bitte nicht, was unsere Kinder brauchen. Es ist Nestwärme, die nicht delegiert werden kann. Es ist Zeit und Liebe und eine starke Hand, die sie behutsam durch ihr Leben begleitet. Längerfristig ein wertvoller Beitrag für unsere Gesellschaft sowie die Wirtschaft, vor allem aber Wurzeln, die unsere Jungen stärken.

Familien vernetzen

Der Hauptzweck der Interessengemeinschaft «Familie 3plus» ist die Vernetzung und gegenseitige Ermutigung kinderreicher Familien. Über die letzten Jahre hat die Organisation auch über 3 Millionen Franken an kinderreiche Familien in Not vergeben.

Kontakt: «IG Familie 3plus», Postfach 4053, 8021 Zürich; Telefon: 041 878 19 15

Bruchsch Liecht?



DE NOSI HÄT'S!

20 Jahre

NOSERLIGHT

CH-8909 Zwillikon

Telefon 044 701 81 81, Fax 044 761 86 12
info@noselight.ch, www.noselight.ch

Damit Bahnfahren Spass macht.

Stadler Bussnang AG
Industriestrasse 4
CH-9565 Bussnang, Schweiz
Telefon +41 (0)71 626 20 20
stadler.bussnang@stadlerrail.ch
www.stadlerrail.com



ELPEX AG
Bethlachstrasse 14/1 • 2540 Grenchen
Kirchbergstrasse 105 • 3401 Burgdorf
Tel. 034 426 26 00 • Fax 034 426 26 09
E-Mail: elpe@spectraweb.ch



Projektierung, Steuerungsbau, Software und Inbetriebnahme alles aus einer Hand - das ist von grossem Nutzen für die Kunden der ELPEX AG. Ausarbeitung der technischen Dokumentation auf modernen CAD/CAE Systemen und ein moderner Schaltschrankbau sind für uns selbstverständlich.

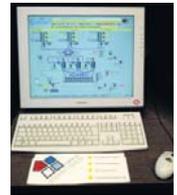
- ◆ Projektierung
- ◆ Steuerungsbau
- ◆ Software
- ◆ Inbetriebnahme
- ◆ Betreuung



Wir setzen unsere langjährige Erfahrung und unser technologisches Wissen für Sie ein. In der **Industrieautomation** sind wir in verschiedenen Bereichen tätig. Wir steuern die Automation in der Automobil-, Nahrungsmittel-, Papier- und in der Chemischen Industrie.



Visualisierungswünsche und Bedienansprüche werden von uns informativ und übersichtlich realisiert. Dabei arbeiten wir mit neusten Technologien. Testen Sie unsere Leistungsfähigkeit mit Ihrem nächsten Projekt.



Wir gratulieren!

Das Team der GOAL AG gratuliert der SVP zu ihrem grandiosen Resultat bei den eidgenössischen Wahlen.

Das Wahlergebnis verpflichtet: Wir arbeiten bereits daran, um den Erfolg 2011 fortzusetzen.

Wir wollen Ihren Erfolg

GOAL

AG für Werbung und Public Relations

Walter Minder, Berater Wirtschaftskommunikation
Alexander Segert, Berater politische Kommunikation

Tel 043 499 24 00, info@goal.ch, Postfach, 8600 Dübendorf/ZH